

9./XI. 1917

### Die polnische Frage.

Tage von weltgeschichtlichem Inhalt sind angebrochen. Während in Rußland die Knechte der Entente, die das Volk um die Früchte der Erhebung gegen den Zarismus bringen wollten, von einem neuen Umsturz hinweggefegt werden, während österreichisch-ungarische und deutsche Truppen auf italienischem Boden einen Akt der Vergeltung üben, der als Heldenepos in die fernsten Jahrhunderte klingen wird, erhebt sich vor den Völkern Oesterreichs in riesenhafter Größe das polnische Problem. Wohl geschieht es vorzeitig und entgegen der Absicht der Staatsmänner, vielleicht als Folge dunkler Mächenschaften oder auch einer auf Erregung und Nervenzügel eingestellten Zeitungsmache. Doch da es nun geschehen und die öffentliche Meinung über Nacht vor die polnische Frage gestellt ist, war es natürlich, daß sich das Abgeordnetenhaus mit raschem Griff eines Problems bemächtigt hat, das staatsrechtliche, nationale und wirtschaftliche Lebensfragen von größter Tragweite, ja die ganze europäische Stellung der Monarchie berührt. Schon der ungewöhnliche Vorgang, daß zwei Ausschüsse des Abgeordnetenhauses sich zu gemeinsamer Sitzung versammelt haben, um die Erklärung des Ministerpräsidenten entgegenzunehmen, bezeugt den mächtigen Eindruck, den die wenn auch unverbürgten und unzutreffenden Meldungen auf die Volksvertretung und auf die öffentliche Meinung geübt haben. Ritter von Seidler war einvernehmlich mit der Leitung des Auswärtigen Amtes in der Lage, zu erklären, daß die vorliegenden Meldungen den Tatsachen durchaus nicht entsprechen und daß die Berliner Verhandlungen, die einen befriedigenden Verlauf nehmen, keineswegs zum Abschluß gekommen sind, um so weniger, als noch andre maßgebende Faktoren berufen sein werden, mitzusprechen. Man kann aus diesen Worten die willkommene Beruhigung schöpfen, daß nicht geplant ist, in einer Angelegenheit von unermesslicher Folgeschwere die zunächst berührten Staaten und Völker vor unwiderrufliche vollzogene Tatsachen zu stellen. Die Staatslenker selbst schaffen sich damit den Vorteil, daß sie nicht ihre Schultern mit der ungeheuren Bürde der Alleinverantwortung belasten müssen und daß sie vor der endgültigen Entscheidung die Stimmen aller Berufenen vernehmen können.

Es ist ein unübersehbarer Komplex schwerwiegender Probleme, die sich bei jeder wie immer gearteten Konstruktion des künftigen Verhältnisses zwischen Polen und der Monarchie aufürmen. Stünde beispielsweise, wie Berliner Blätter voreilig wissen wollten, eine Loslösung Galiziens von Oesterreich und die Vereinigung dieses größten und volkreichsten Kronlandes mit dem Königreich Polen in Erwägung, dann würden alle Grundfragen des staatsrechtlichen und nationalen Aufbaues der habsburgischen Monarchie aufgerollt: das Verhältnis zu Ungarn, die Ansprüche der Süd- und Nordslawen, vor allem aber ergäbe sich als Kern- und Hauptfrage die der erforderlichen Sicherheiten und Bürgschaften. Denn das hat gewiß den Gegenstand ernstester Erwägungen der Staatsmänner gebildet, daß in einem solchen Falle nur jene Konstruktion zu befriedigen und den gebrachten ungeheuren Opfern zu entsprechen vermöchte, welche die stärksten, unlösbaren Klammern